

D1 Grüne Transformation der Stahlindustrie: Impulse aus dem Bund für Bremen nutzbar machen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 01.12.2021
Tagesordnungspunkt: 7 Anträge
Status: Modifiziert

Antragstext

1 Grüne Transformation der Stahlindustrie: Impulse aus dem Bund für Bremen nutzbar
2 machen

3 Bremen ist Industriestadt und soll es auch bleiben. Doch das Industrieland der
4 Zukunft kann und wird nicht den Geist der Vergangenheit leben (können).
5 Rauchende Schloten, vom Kohlestaub schwarze Häuserwände, all das ist die
6 Vergangenheit. Tausende Menschen, die in Industriebetrieben arbeiten, die einen
7 wesentlichen Beitrag zum Wohlstand unseres Bundeslandes und der gesamten
8 Republik geleistet haben und auch in Zukunft leisten werden, sind Teil unserer
9 Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Mit einem wettbewerbsfähigen grünen
10 Stahlproduktionsstandort kann Bremen eine Vorreiterin in der Welt für eine
11 dekarbonisierte Industrie werden. Stahl ist dabei der Grundstoff für die
12 Energie- und Verkehrswende, denn er wird für jedes Windrad und jede neue
13 Eisenbahnschiene gebraucht. Damit diese Zukunft in Deutschland und in unserem
14 Bundesland liegen kann, gilt es, jetzt die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen.
15 Nur so können wir auch Arbeitsplätze erhalten und neue schaffen. Mit dem
16 Koalitionsvertrag der designierten Ampel-Koalition auf Bundesebene, weiteren
17 Schritten auf europäischer Ebene und den nötigen Maßnahmen im Bundesland gehen
18 wir konsequent den Weg voran und bringen unseren Industriestandort auf Kurs
19 Klimaschutz.

20 Die Industrie macht allein ca. 8 % der CO₂-Emissionen in Deutschland aus. In
21 Bremen sind es mehr als 50 %, allein durch die Stahlindustrie. Der
22 Koalitionsvertrag der neuen designierten Ampel-Koalition auf Bundesebene und der
23 Zuschnitt des künftigen Ministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz unter Robert
24 Habeck macht deutlich: Eine moderne Klimaschutzpolitik ist Industriepolitik und
25 andersherum.

26 Der neue Koalitionsvertrag schafft die richtigen Voraussetzungen dafür, dass
27 Wirtschaft und Klimaschutz nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden. Durch
28 Carbon Contracts for Difference und die Novellierung der europäischen Klima-,
29 Umwelt- und Energiebeihilfeleitlinien wird eine in internationalen
30 Märkten wettbewerbsfähige Transformation für energieintensive Industrien möglich.
31 Gleichzeitig schafft das neue Ministerium die Rahmenbedingungen für eine
32 Beschleunigung von Infrastrukturvorhaben, die dringend notwendig sind.

33 Damit sind die Weichen gestellt für die Dekarbonisierung des Bremer Stahlwerks.
34 Das Stahlwerk plant 2026 den ersten der beiden kohlebetriebenen Hochöfen gegen
35 eine Wasserstoff- und Erdgasbetriebene Direktreduktionsanlage und einen
36 Lichtbogenofen auszutauschen. Allein in Bremen könnten ab dem Jahr 2026 dadurch
37 bis zu 20% der aktuellen CO₂-Emissionen des Landes eingespart werden (2,3
38 Millionen Tonnen CO₂ jährlich).

39 Gleichzeitig ist geplant, in Bremen Eisenschwamm für Eisenhüttenstadt
40 mitzuproduzieren, sodass auch dort ein Hochofen abgeschaltet werden kann. Im
41 Jahr 2032 soll Stand jetzt der zweite Hochofen in Bremen folgen.

42 Klimaneutral ist die Stahlherstellung aber erst, wenn keine fossilen Energien,
43 auch kein Erdgas mehr zum Einsatz kommt. Die Produktion von grünem Wasserstoff
44 ist dafür essenziell. Durch ein weiteres EU-gefördertes Projekt „Clean Hydrogen
45 Coastline“ können 300 MW Produktionskapazität am Standort Bremen aufgebaut
46 werden.

47 Die Bremer Klimaziele sind maßgeblich von der Stahlindustrie abhängig. Solange
48 das Stahlwerk nicht umgestellt wird, können wir in Bremen höchstens 50 % der
49 CO₂-Emissionen einsparen. Derzeit sieht es so aus, als ob eine Umstellung erst
50 2032 vollständig umsetzbar ist. Auch wenn es bis 2032 noch zehn Jahre Zeit sind,
51 erfordert diese Transformation einen sehr ambitionierten Zeitplan. Neben den
52 neuen Produktionsanlagen müssen neue Stromleitungen und eine
53 Wasserstoffinfrastruktur gebaut werden. Durch die aktuellen Fristen für
54 Genehmigungs- und Planungsverfahren von Infrastrukturprojekten ist dieser Plan
55 bereits die schnellstmögliche Variante. Damit dies funktioniert, müssen Land und
56 Bund Hand in Hand arbeiten.

57 Wir begrüßen daher ausdrücklich das im Koalitionsvertrag fixierte Ziel, die
58 Verfahrensdauer bei Genehmigungsverfahren mindestens zu halbieren, eine
59 Wasserstoffnetzinfrastruktur aufzubauen, die Produktion von grünem Wasserstoff
60 zu fördern sowie einen ambitionierten Plan zum Stromnetzausbau umzusetzen. Wir
61 begrüßen auch, dass regionale Transformationscluster finanziell unterstützt
62 werden sollen. Ebenso wichtig ist das Vorhaben durch europäische und
63 internationale Initiativen wie dem Klimaclub, Wettbewerbsbedingungen zu
64 schaffen, die Betrieben wie dem Bremer Stahlwerk, die Transformation
65 ermöglichen.

66 Während der Bund die Rahmenbedingungen für Finanzierung und Infrastruktur
67 schaffen muss, müssen wir in Bremen eine Co-Finanzierung der Projekte
68 sicherstellen und Planungs- und Genehmigungsverfahren mit höchster Priorität
69 behandeln. Auf uns kommen dabei auch große Herausforderungen zu. Neben der
70 Bereitstellung der finanziellen Mittel, benötigt die Transformation erhebliche
71 neue Produktionsflächen, die in Bremen bekanntermaßen knapp sind. Darüber hinaus
72 könnten die zu planenden Stromleitungen gegebenenfalls in Konflikt mit
73 Landschafts- und Naturschutz stehen. Hier Flächen bereitzustellen und Lösungen
74 im Einklang mit Natur- und Artenschutz zu finden, wird die Aufgabe der nahen
75 Zukunft sein.

76 Wir Bremer Grüne unterstützen die Transformationsprojekte des Stahlwerks und die
77 Bestrebungen des Koalitionsvertrags und werden in Bremen alles Notwendige tun,
78 um diese schnellmöglich umzusetzen. Mit diesem Antrag möchten wir deutlich
79 machen, was es dafür im Bund, in EU und auf Bremer Ebene braucht.

- 80 1. Wir fordern, dass die notwendigen finanziellen Mittel für die
81 Kofinanzierung der Projekte durch die rot-grün-rote Landesregierung in
82 Bremen zur Verfügung gestellt werden.
- 83 2. Wir fordern, dass die Planungs- und Genehmigungsprozesse für den Bau von
84 Stromleitungen und Pipelines flexibel und schnell durch die

- 85 Landesregierung begleitet und umgesetzt werden. Dazu braucht es eine gute
86 Abstimmung zwischen den Ressorts, eine klare Prioritätensetzung, sowie
87 eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung. Natur- und Artenschutz wollen
88 wir mit dem Infrastrukturausbau so gut es geht in Einklang bringen.
- 89 3. Wir erwarten von der Landesregierung, sich auf Bundesebene für die
90 Aufnahme der Stromnetzanbindungen für das Stahlwerk bei der
91 Netzentwicklungsplanung einzusetzen. Gleichzeitig fordern wir, auf
92 Bundesebene schnellstmöglich die Netzentwicklungspläne und den
93 Bundesbedarfsplan auf die neuen Ausbauziele im Koalitionsvertrag
94 anzupassen.
- 95 4. Wir fordern die zukünftige Ampel-Koalition dazu auf, die
96 Genehmigungsprozesse für sogenannte „kritische Brücken“ (besonders
97 relevante Infrastrukturprojekte) im Rahmen des Klimaschutz-Sofortprogramms
98 in den ersten sechs Monaten der Regierung so zu vereinfachen und zu
99 beschleunigen, dass eine klimaneutrale Wirtschaft bis 2035 möglich wird.
100 Dazu braucht es mehr Personal in Gerichten und Verwaltung, leistungsfähige
101 Datenbanken, kurze Fristen und eine Vereinfachung der Verfahren.
- 102 5. Der Ausbau der erneuerbaren Energien auch zur Erzeugung von grünem
103 Wasserstoff muss so schnell wie möglich vorangetrieben werden. Die neuen
104 Zielzahlen im Koalitionsvertrag, insbesondere für die Offshore-
105 Windenergie, bieten dafür eine gute Grundlage. Wir fordern die
106 Landesregierung dazu auf, die Solar-Cities-Initiative vollständig
107 umzusetzen sowie das Repowering von Windenergieanlagen und weitere
108 Flächenausweisung für neue Windenergieanlagen weiter voranzutreiben.
- 109 6. Aufgrund der sehr hohen Bedarfe an grünem Wasserstoff für industrielle
110 Anwendungen wie der Stahlproduktion, ist schon jetzt klar, dass künftig
111 große Mengen von grünem Wasserstoff importiert werden müssen. Bund und EU
112 müssen daher eine strikte Zertifizierung von grünem Wasserstoff einführen.
113 Das Land Bremen muss daher vorausschauend eine Wasserstoffimportstrategie
114 entwickeln und mit Unterstützung des Bundes den Aufbau einer
115 entsprechenden Importinfrastruktur angehen.
- 116 7. Damit auch zukünftig finanzielle Mittel in die richtigen Projekte fließen,
117 fordern wir auf EU-Ebene die richtige Weichenstellung in der Taxonomie,
118 sodass Erdgas und Atomstrom künftig nicht als klimafreundliche
119 Investitionen gekennzeichnet werden. Wir fordern außerdem einen wirksamen
120 Carbon-Leakage-Schutz und die Novellierung der europäischen Klima-,
121 Umwelt- und Energiebeihilfeleitlinien schnell umzusetzen.

Begründung

Dieser Antrag wird als Dringlichkeitsantrag eingereicht. Die Dringlichkeit leitet sich daraus ab, dass der Koalitionsvertrag zum Antragsschluss dieser LMV noch nicht vorlag und in diesem Antrag auf diesen Bezug genommen wird.

Siehe dazu auch Geschäftsordnung LMV: "(4) Dringlichkeitsanträge sind Anträge, deren Gegenstand zum Zeitpunkt der Antragsfrist noch nicht bekannt war. Über die Befassung von Dringlichkeitsanträgen und von nicht fristgerecht eingereichten Anträgen entscheidet die LMV."

Unterstützer*innen

Jonas Kassow (KV Bremen-Ost); Maïke Schaefer (KV Bremen-Nord); Robert Bücking (KV Bremen-Mitte/ Östliche Vorstadt); Emanuel Herold (KV Bremen-Mitte/ Östliche Vorstadt); Philipp Bruck (KV Bremen-Links der Weser); Fabian Taute (KV Bremen LdW); Marlin Meier (KV Bremen-Mitte); Dominik Santner (KV Bremen-Ost)